

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Eintragungen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Einzelgenpreis: 50 Pf. für die 3 gepost. Hefte. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die „Volkshochschule“ der Unternehmer.

IV.

Was hat Dr. Engel zur Marxschen Wertlehre zu sagen?

Nach Marx wird der Wert einer Ware bestimmt durch die auf sie verwandte Arbeitszeit, und da nur an Stoffgütern Arbeit zu Werten sich vergegenständlicht, so ist es allein die Handarbeit, die neue Werte schafft. Daher müßte der ganze Wert der Gütererzeugung auch der Handarbeit zugute kommen.

Das ist ja zum Schreien. Woher nimmt denn Dr. Engel den Mut, über Marx zu reden, wenn er ihn gar nicht gelesen oder auch nicht begriffen hat? Ist denn Marx schuld, wenn andere ihn geistig nicht erfassen können? Oder hat Dr. Engel für seine Vorträge etwa gar das famose Buch von Viktor Cahrein als Unterlage benutzt? Wenn Dr. Engel aber behaupten sollte, er habe Marx' Werke gelesen und begriffen, so erzählt er wider besseres Wissen seinen Schülern Märchen.

Wie kann ein Volkswirtschaftslehrer es wagen, über Marx zu reden, wenn er die Wertlehre so wenig begreift, daß er seinen Schülern erzählt, „nach Marx wird der Wert einer Ware bestimmt durch die auf sie verwandte Arbeitszeit“.

Weiß Dr. Engel nichts von der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit? Kennt er nicht den wichtigen Satz von Marx: Wechselt die Produktivkraft, so wechselt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, so wechselt auch der Wert?

Dann unterschleibt Dr. Engel dem Denker Karl Marx weiter: „und da nur an Stoffgütern Arbeit zu Werten sich vergegenständlicht, so ist es allein die Handarbeit, die neue Werte schafft“.

Herr Dr. Engel! Kennen Sie nicht folgenden Satz, den — weil er richtig ist — Marx von William Petty übernommen hat: Die Arbeit ist der Vater, die Erde ist die Mutter des menschlichen Reichums?

Kennt Dr. Engel auch nicht den Satz von Marx: Arbeit ist nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte?

Marx hat außerdem ausdrücklich erklärt, daß es Gebrauchswerte gebe, die keine Arbeitsprodukte sind. Wenn Dr. Engel alles das ignoriert, so hat er kein Recht, Marx dafür verantwortlich zu machen.

Wenn Dr. Engel imstande ist, uns zu sagen, wo in den Marxschriften der Satz steht: „Daher müßte der ganze Wert der Gütererzeugung auch der Handarbeit zugute kommen“, dann wollen wir an dieser Stelle öffentlich erklären, daß wir Dr. Engel unrecht getan haben. Marx übrigens einen solchen Satz zu unterschreiben, ist eine grandiose Leistung von Naivität.

Dann kritisiert Dr. Engel die Mehrwertlehre wie folgt:

Arbeit schafft nur dann und in dem Maße Werte, wie sie nutzbringend (?) Die Red.) ist. Die Wertschätzung einer Ware hängt nicht von der auf sie verwandten Zeit ab, sondern davon, wie an diesem oder jenem Orte, zu diesem und jenem Zeitpunkt Angebot und Nachfrage sich zu einander verhalten. Der Markt also ist letzten Endes für den Wert der Ware entscheidend. Damit fallen alle von Marx aus seiner (übrigens dem Liberalismus entlehnten) Wertlehre gezogenen Folgerungen in sich zusammen.

Ist etwa die Arbeit des Arztes, des Lehrers usw. nicht nutzbringend? Weiß Dr. Engel, daß es Arbeit gibt, die direkt, und solche, die indirekt nutzbringend ist? Nutzbringende Arbeit braucht aber nicht produktiv zu sein. Dr. Engel soll sich einmal den Begriff „Arbeit im Sinne der Nationalökonomie“ vergegenwärtigen und dann den geraden Weg weiter suchen. Was soll übrigens an dieser Stelle der Begriff „Wertschätzung einer Ware“? Wert hat mit Wertschätzung weniger zu tun als Preis.

Von den falschen Begriffsanwendungen in diesen Ausführungen ganz abgesehen, stellen wir fest, Dr. Engel ist nicht imstande, zwischen Wert und Preis zu unterscheiden. Dadurch muß er selbstverständlich zu ganz falschen Schlüssen kommen, und deshalb — so meint er — ist der Marxismus falsch. Deshalb gestattete sich Dr. Engel aber auch, Marx direkt falsch zu nennen, indem er sagt:

„Falsch aber ist es, der Handarbeit allein werkschaffende Bedeutung beizumessen“.

Wir haben bereits nachgewiesen, daß Marx so ziemlich das Gegenteil gesagt hat von dem, was Dr. Engel hier behauptet. Aber auf dem Marxschen Eis ist schon mancher ausgeglitten, besonders wenn er übermäßig wurde.

Schnell ist Dr. Engel mit dem Klassenkampf fertig. Er erklärt einfach:

„Mit der Mehrwertlehre ist auch die Behauptung von der Notwendigkeit des Klassenkampfes hinfällig.“

Herr Dr. Engel hätte logischerweise gleich anfügen können, also brauchen wir Werkereine. Aber vielleicht hat der Herr Lehrer Engel schon gehört, daß die Klassenkämpfe mit mehr oder weniger Heftigkeit schon toben, seitdem es Klassen, d. h. Besitzende und Besitzlose, gibt. Vielleicht hat er etwas gehört von Sklavensituationen im römischen Reich schon vor Christi Geburt. Es sei hierbei nur an den Namen Spartakus erinnert. Bauernaufstände, bürgerliche Revolutionen sind auch Klassenkämpfe.

Recht sonderbare Folgen sieht Dr. Engel aus dem Klassenkampf erwachsen, er sagt nämlich:

„Der Klassenkampf bedeutet somit den Kampf aller gegen alle, die Vernichtung von Volk und Staat.“

Seit einigen tausend Jahren gibt es nachgewiesenermaßen Klassenkämpfe, ohne daß „Volk und Staat“ vernichtet worden wären. Wer da von Vernichtung redet, der setzt Klassenkampf gleich Bürgerkrieg. Seinen bedauernden Schülern erzählt Dr. Engel dieses Gleichnis:

„Am handgreiflichsten wird einem der Widerspruch des Marxschen Klassenkampfes klar, wenn man sich den menschlichen Körper vor Augen hält. Dieser besteht aus verschiedenen Organen (das nimmt man allgemein an. Die Red.), von denen jedes seine besondere Verrichtung hat. Wenn auch diese einen Klassenkampf gegen einander eröffnen? Die Hand gegen den Magen, der verzehrt, was sie in harter Arbeit errungen, oder gegen das Gehirn, das die besten Säfte verschlingt (das trifft nicht immer zu. Die Red.), den „Mehrwert“ in die Tasche steckt?“

Gegen solche Argumente kann man allerdings nicht mehr polemisieren. Da ist man einfach sprachlos.

Auch mit der Marxschen Denkmethode, der ökonomischen Geschichtsauffassung, weiß Dr. Engel nichts Rechtes anzufangen, sie ist nach seiner Auffassung „einseitig und unhaltbar“. In dem Augenblicke, da Dr. Engel das sagt, bestärkt er die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. Er als Vertreter der Unternehmer ist ja das lebendige Beweismittel für die Richtigkeit der ökonomischen Geschichtsauffassung.

Daß die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse das Denken und Fühlen der Zeitgenossen stark beeinflussen, ist gewiß richtig (ja, also Die Red.), aber sie sind nicht die alleinigen Triebkräfte der Geschichte.

Das letztere hat weder Marx noch Engels behauptet. Also noch mal gründlich studieren, dann fällt der Irrtum vielleicht auch noch fort.

Starke Persönlichkeiten (Du glaubst zu schweben und wirst geschoben. Die Red.) sowie geistige, religiöse und politische Bestrebungen haben als selbständige Kräfte den Verlauf der Geschichte, und nicht zum wenigsten den der Wirtschaftsgeschichte beeinflusst.

So Dr. Engel. Kennt er nicht die wirtschaftlichen Ursachen für die Entstehung des Christentums, der Reformation, der Revolutionen, des Merkantilismus, der Manchestertheorie usw.? Es ist ja gar nicht wahr, was Dr. Engel seinen Schülern erzählt, der Sinn der Marxschen Lehre sei der, die Vorstellung zu erwecken, als wenn das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen sich ganz nach Naturgesetzen vollzöge, dem menschlichen Willen und Streben also keine selbständige Bedeutung zuzumessen sei.

Hätte Marx einen solchen Unsinn geschrieben, dann hätte er sich seine ganze ideale Arbeit sparen können. Wenn die materialistische Geschichtsauffassung das sagen würde, was Dr. Engel herausläßt, dann könnte sich die Sozialdemokratische Partei ihre Tätigkeit sparen. Wozu strengt denn Dr. Engel seinen Geist an, wenn die Natur alles macht? Also ein wissenschaftlich geschulter Mann wie Dr. Engel unterschleibt Marx die Begriffe der Vulgäroökonomie über Marx, der Geist sei gar nichts, Naturgesetze seien alles. Es scheint wirklich so zu sein, daß jeder halbwegs intelligente Arbeiter Marx' Lehren besser versteht, als das den bürgerlichen Wissenschaftlern möglich ist.

Zum Schluß seiner Betrachtungen leistet sich Dr. Engel einige Salti mortali in einem Satz. Er sagt:

„Letzten Endes beruht die materialistische Geschichtsauffassung auf der nationalen Weltanschauung, die die Selbständigkeit des Geistes neben dem Stofflichen verneint. Das bedeutet Verleugnung der Religion. Ohne Religion aber kann kein Volk bestehen.“

Ob die Schüler der „Deutschen Volkshochschule“ mit diesen drei Sätzen etwas anzufangen wissen? Schwerlich, sonst würden sie auch die übrige „Volkswirtschaft“ Dr. Engels nur unter Protest entgegennehmen.

Glaubt Dr. Engel wirklich, daß die Selbständigkeit des Geistes so aufzufassen sei, daß der Geist als ein Ding für sich wirken könnte, unabhängig und unbeeinflusst von seinem Mutterboden, der Materie? Aber das ist es ja auch gar nicht, was Marx und Engels mit ihrer materialistischen oder ökonomischen Geschichtsauffassung meinen. Selbstverständlich wirkt der menschliche Geist nicht nur auf rein äußerliche Wahrnehmungen. Er hat doch die Fähigkeit, zu kombinieren, zu suchen, zu forschen, anzuregen, vorwärts zu treiben. Aber hier ist doch wohl in erster Linie die Rede von Geschichtsauffassung. Geschichte, Entwicklung sind Erscheinungen, die ständig in anderer Form sich zeigen. Die Abweichung, Umbildung sind nur ökonomisch zu erklären. Die Geistesrichtung der geschichtlichen Epoche ist nur aus der Produktionsform zu erklären, aber diese Geistesrichtung wirkt auf die Produktionsverhältnisse zurück. Nur ist der Geist nicht das Primäre, kann es nicht sein. Dr. Engel vertritt den rein metaphysischen Standpunkt. Um so unverständlicher ist es, wenn er die universelle ökonomische Geschichtsauffassung als „nationale Weltanschauung“ bezeichnet. Der Sinn dieser Worte ist ziemlich dunkel.

Übrigens, erst macht Dr. Engel Marx seine internationale Einstellung — „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ — zum Vorwurf, erklärt den Internationalismus als „widerständig“, als „Wahnsinn“, als „Truggebilde“, und setzt auf einmal ist Marx der Schöpfer „der nationalen Weltanschauung“.

Nun kommt Dr. Engel, der Volkshochschullehrer, zu folgender gnädigen Gesamtwürdigung der Marxschen Lehren:

„Das Marxsche Lehrgebäude ist mit erstaunlichem Scharfsinn aufgestellt. Es verrät im einzelnen auch manche richtige Beobachtung. In vielen Punkten aber greift es fehl. Die Schlussfolgerungen sind durchweg falsch und durch Erfahrungen als unhaltbar nachgewiesen.“

Leute, die Marx nicht begreifen, urteilen so wie Dr. Engel. Was Dr. Engel dann über Judentum, Umsturz sagt, ist zu naiv, als daß man darüber diskutieren könnte. Dr. Engel wünscht dann die Abkehr vom Marxismus und sagt:

„Das heißt nicht, daß die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft unterbunden werden sollen. Im Gegenteil, sie sollen bessere Erfolge erzielen, als der Marxismus ihr gebracht hat.“

Wie sagte der Fuchs zur Gans: „Frau Nachbarin, das Wetter ist gar so schön, wir wollen zusammen spazieren gehn.“ Dieweil hat aber der Jäger den Fuchs erkannt und hat ihm eins auf den Pelz gebrannt.

Aufruf

für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des IFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen,

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61, 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Reichsbahn, usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften betriebl. Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatau Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutschen Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmündigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen decken sich mit denen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von seinem wichtigsten Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch macht und sich infolgedessen auch seiner großen Rechte hieraus freiwillig begibt. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, betriebl. Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtfünftages, der Einführung von Werksbeurlaubungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften

können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmersrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schuldig sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtigste gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsräten sein.

Berlin, den 1. Februar 1923.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFABund)

ADGB, Fürstenabfindung und Volksentscheid.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich am 8. Februar eingehend mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides über die entschuldigungslose Entlassung der Fürsten.

In der Begründung für die Stellungnahme des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der Durchführung des Volksbegehrens wurden die folgenden für die Gewerkschaften entscheidenden Gesichtspunkte hervorgehoben:

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tieferechtigte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies in krassem Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die viele Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, durch die Wirtschaftskrise gedrückt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus väterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht zu dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschuldigungslose Entlassung ist die Antwort auf diese ebenso selbsttätige wie beschämende Haltung der einflügeligen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, sich in den Grenzen, die die wirtschaftliche Notlage und die aus ihr sich unmittelbar ergebenden sozialen Verpflichtungen den Verbänden stellen, für das Volksbegehren und den Volksentscheid nachdrücklich einzusetzen.

Der Ausschuss gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch der Aktion zu durchsichtigen Parteimanövern, wie er von der kommunistischen Partei versucht wird, auf das entschiedenste bekämpft werden wird. Der Bundesauschuss präziserte die Stellungnahme der Gewerkschaften in folgender Entschliebung:

Der Bundesauschuss billigt die Vermittlungsdaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesekentwurfes für eine Volksentscheidung über die entschuldigungslose Entlassung der Fürsten. Der Ausschuss erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschuss fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolge zu verhelfen. Für die Anbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesauschuss den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschuss allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.

Sozialistische und kommunistische Gewerkschaften in Frankreich.

Als Ergebnis eines Tages mit dem französischen Gewerkschaftsführer A. Reg eine Verkündigung des Komites für die Wiederansprüche der internationalen Beziehungen im Anhang des Krieges wertlos zu halten ist, von Politiken von weitem bewacht, ein anständiges Gespräch über die Organisation und die Arbeitsmethoden der französischen Gewerkschaften. Demals betonte Reg gegenüber dem französischen Gewerkschaftsführer die Unmöglichkeit Frankreichs zu verlassen: Die Vergewaltigung eines halben Jahrhunderts politischer Demokratie, die den Grundriß freier Meinungsäußerung zerstört. In Meschen die das Gefühl haben, stark und frei zu sein, spricht man nicht wie in Unglücklichen, die noch nicht wagen, ihr Schicksal zu verurteilen, erwiderte Reg da Trotski.

Dieser Gegensatz der beiden Systeme kam später zum Ausdruck: Im Jahre 1920 trennten sich aus dem Sozialistenkongress von Tours die Kommunisten von den Sozialisten unter reservierter Annahme der Moskauer Bedingungen, — und damals spalteten sich auch die französischen Gewerkschaften. Aber angesichts der mangelhaften Organisationsstärke der Franzosen behandelte dieses Abbrechen der Kommunisten keine haarsträubende Trennung. So gibt es auch jetzt noch fünf Jahre nach Tours, zwar nicht in dem „ausgeschulten“ Paris, wohl aber in der Provinz zahlreiche kommunistische Gewerkschaften, die Mitglieder der sozialistischen Partei sind. Ja, man kann sogar zwischen zwei kommunistischen Bürgermeistern antreffen, die in der sozialistischen Gewerkschaft geblieben sind. Hier, an diesen Punkten, muß die Propaganda der sozialistischen Gewerkschaften ansetzen.

Der Kampf, — nicht immer leicht (Man: für Mann, Familie für Familie, Arbeitengruppe für Arbeitengruppe) — aber in langem Streben wieder wünschenswert geworden, oder er ist interessant. Er ist besonders deshalb so interessant, weil es oft vorkommt, daß Propagandarechner der sozialistischen Gewerkschaften in der Provinz in Paris geflüchtet so etwas alles nicht zu Veranlassungen der Kommunisten eingeladen werden, um dort über ein mentales Thema zu referieren. Oft treffen da die Sozialisten auf eine enge lokale Arbeitergruppe. So fanden zum Beispiel kürzlich in dem kommunistischen Orte Epone von 20 Jahren ein ganzer sozialistischer Arbeiterzeitung. Etwas besser ging es Reg schon vor einigen Tagen in Lyons. Er erzählt darüber in der Zeitschrift „L'Internationale Socialiste“: Der Sozial war viel geprügelt und überall prangten Sichel und Hammer, an einer Stelle ein Bild von Lenin. Die Arbeiter kommen. Ganz, einer gibt seinen sozialistischen Kameraden, ein anderer drückt ihm die Hand, dann nach einer. Einige sind kaum so klug, einige Worte mit ihm zu wechseln. ... Schließlich gibt der kommunistische Bürgermeister des Ortes dem Herrn Reg, — und allmählich werden doch langsam einige übergenommen durch die Aufregung der sozialistischen Gewerkschaften.

fabr. Denn sollten die Faschisten je zur Macht kommen, so würden sie schnell die Gewerkschaften zerstückeln, und dagegen ist allerdings eine Einheitsfront beider französischer Gewerkschaften nötig.

Wie steht in Deutschland die kommunistische Partei so stolz auf die proletarische Einheitsfront in der Frage der Fürstenabfindung ist, so durchzittert auch die kommunistische Gewerkschaft in Frankreich immer ein ganz besonders freundliches Leben, wenn sie gemeinsam mit der sozialistischen vorgehen kann. Jetzt haben wir schon bald zwanzig Monate Linkskartellregierung in Frankreich, und die notwendigen Reformen auf sozialpolitischem Gebiete sind immer noch nicht durchgeführt (soziale Versicherungen, zehmonatiger Militärdienst, achtstündige Arbeitszeit, Organisation der Lehrlingsarbeit, Reform der Arbeitsbeschäftigung usw.). Das führt viele junge Gewerkschafter zeitweilig in das Lager der kommunistischen Extremität. Aber dann finden sie nach einiger Zeit doch immer wieder zur sozialistischen Gewerkschaft zurück, da sie bald selbst das Unhaltbare der jetzigen Situation einsehen, bei der die kommunistischen Gewerkschaftsführer den sozialistischen „Verdränger“ nachlassen und doch gleichzeitig mit diesen „Verdrängern“ eine gewerkschaftliche Einheitsfront zu bilden alle Anstrengungen machen.

Trotz aller kommunistischen Manöver füllen sich weiter die Reihen der sozialistischen Gewerkschaften. Je energischer diese den Kampf in den Ministerien um die sozialen Rechte führen, um so zahlreicher und ansehnlicher wird die französische kommunistische Gewerkschaft.

Kurt Lenz, Paris.

Papier-Industrie

Abgeblüht

Während der Inflationszeit wurde von Arbeitgeberseite des organisierten Arbeiterchaft und den Gewerkschaften wiederholt der Vorwurf gemacht, daß sie Konjunkturpolitik betrieben, obwohl die damaligen Tarifabschlüsse praktisch nur ein Sinnennachhaken hinter der Preissteigerungswelle waren. Mit viel mehr Recht trifft die Bezeichnung Konjunkturpolitik auf jene Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen zu, die die derzeitige Wirtschaftskrise ausnützen, um eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft unter dem Drucke der Massenarbeitslosigkeit zu erzwingen.

Zu diesen Firmen gehört auch die Lederpappenfabrik Johann Meiler in Jülich, die ihrer Arbeiterschaft folgenden Neujahrsgruß übermittelte:

Jülich, den 20. Dezember 1922.

Da Bestellungen auf die Erzeugnisse unseres Werkes schon seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr eingehen, bei der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage auch keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist, kündigen wir hiermit der ganzen Belegschaft zum 18. Januar, morgens 7 Uhr.

Wir sind aber bereit, alle Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen, wenn sie mit der Festsetzung wesentlich niedrigerer Löhne, wie unsere Konkurrenz sie zahlt, einverstanden sind.

Auch dann werden Arbeitsstörungen sich nicht vermeiden lassen.

gez. Johann Meiler.

Mit Hilfe dieses Anchlages glaubte die Firma, die Arbeiterschaft ihres Betriebes darauf gefügig zu machen, daß diese bereit sei, in einen Lohnabbau von 20 Prozent einzuwilligen. Die Kollegenschaft des Betriebes war nicht gewillt, sich diesen Lohnabbau gefallen zu lassen, und brachte in einer Betriebsversammlung am 10. Januar d. J. zum Ausdruck, daß sie viel eher geneigt sei, den Betrieb zur Stilllegung zu bringen. Gleichzeitig beauftragten sie die Organisationsleitung, gegen die Firma Klage beim staatlichen Schlichtungsausschuss einzulegen, gegen die Lohnreduzierung Protest zu erheben und weiterhin gegen die Betriebsstilllegung schärfste Verwahrung einzulegen, da die Stilllegung des Betriebes unter Außerachtlassung aller gesetzlichen Vorschriften durch die Firma herbeigeführt werden sollte.

Dieses im Auftrage der Arbeiterschaft erfolgte Vorgehen der Organisation gegen die Lohnabbau und den Stilllegungsbruch des Unternehmers brachte die Firma Johann Meiler wieder zur Besinnung, wie aus dem folgenden Anschlag hervorgeht:

Jülich, den 12. Januar 1923.

Die am 20. v. M. angefangene Kündigung zum 18. d. M. ziehen wir hierdurch zurück. Wir haben uns davon überzeugen müssen, daß eine Herabsetzung der Löhne, auch mit Zustimmung aller Arbeitnehmer, nicht ausführbar ist. Bei einer Klage der Gewerkschaft, die uns bereits angebrocht ist, würden wir zweifellos zur Zahlung der alten Löhne verurteilt.

Zu den herabgesetzten, von uns mitgeteilten Löhnen, Spitzenlohn 50 Pf. pro Stunde, die noch höher sind als die von der Konkurrenz gezahlten (Spitzenlohn 47 Pf.), wären wir in der Lage gewesen, billigst zu verkaufen und nach dem Einsatze zu liefern und damit unsere Belegschaft zu beschäftigen. Das ist nun nicht möglich und daher im Interesse der Arbeiterschaft zu bedauern.

Wir werden alle Arbeitnehmer zum alten Tariflohn weiterhin beschäftigen, können aber hiermit eine Arbeitsstörung von vier Tagen in der Woche, beginnend mit dem 27. d. M., an. Wir werden aber, wenn es der Auftragsbestand zuläßt, länger als zwei Tage in der Woche arbeiten.

gez. Johann Meiler.

In diesem Falle ist also an dem guten Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft und an dem Widerstande des Verbandes die Firma mit ihrer Lohnabbauforderung abgeblüht. Zunächst verschärfte die Firma, durch Kurzarbeit ihre Arbeiterschaft gefügiger zu machen. In der Einstellung der Arbeiterschaft des Betriebes wird es liegen, ob die Firma auf diesem Wege ihren Lohnabbauwillen zum Durchbruch bringt. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die bisherige organisatorische Geschlossenheit auch für die Zukunft zu wahren.

Unter der Arbeiterschaft des Jülicher Papierbetriebes ist diese Firma als Laubenschlag bekannt. Ein Betriebsrat besteht seit Jahren in diesem Musterbetriebe nicht mehr, seitdem Herr Meiler kategorisch erklärte: Die Herrlichkeit der Betriebsräte ist in meinem Betriebe zu Ende. Dieser Scharfmachergeliebte, der durch den Meister Meinhöft gewaltig gefördert wird, hat dann auch dazu geführt, daß der Betrieb im weiten Umkreise bei der Arbeiterschaft in Verruf geraten ist und daß meistens nur der äußersten Not gehorchend sich Arbeiter finden, die gewillt sind, in diesem Betriebe die Arbeit aufzunehmen.

Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft des Betriebes aus diesen Vorgängen die Lehre, daß nur eine starke und geschlossene Gewerkschaftsorganisation in der Lage ist, die Angriffe ihres Unternehmers abzuwehren.

B. G.

Eine unzulängliche Papierfabrik.

Unter dieser Überschrift haben wir in der Nr. 2 des „Proletars“ Mißstände in der Papierfabrik Oberurzel-Sohemara kritisiert. Es wurde getadelt, daß Arbeiter mit hohen Löhnen in die Schwefelsäure greifen müssen und ferner werden Schwefelsäure schube aus Gummis verlangt. Der Betriebsrat dieser Firma scheint es für seine Pflicht zu halten, gegen den Arbeiterschuss zu wirken, denn er schrieb vier Wochen nach Erscheinen unserer Notiz mit Datum von 4. Februar an unsere Jahrestagskollektion einen Brief, in dem es unter anderem heißt:

Die Leute, welche mit Schwefelsäure in Verbindung kommen, bekommen die Leukämie der Säure nicht, wodurch drei Männer leicht erkrankt waren. Auch beachten sie nicht, ihre Hände mit Öl einzuräumen, wodurch die Säure keine schädlichen Einwirkungen auf die Haut ausüben kann.

Das ist wirklich ein ganz besonderer Betriebsrat, der es für wichtiger hält, den Ausschüsse der Firma zu decken, statt Arbeiterschaft zu fördern. Wenn die Arbeiter die Gefahr nicht konnten, mußte die Firma für Aufklärung und Schutz sorgen. Man hat es nicht getan, mußte der Betriebsrat sie auf ihre Pflicht aufmerksam machen.

Um seine Klage voll zu machen, schreibt der Betriebsrat im Schlußsatz seines Briefes:

Der gesamte Artikel ist nur aus Rache eines entlassenen Arbeiters verfaßt worden, um das Ansehen der Firma und der Arbeiterschaft zu schädigen.

Herr verzehe ihm. Wenn die Firma selbst so etwas schreibt, so kann man das noch begreifen, aber wenn die Arbeitervereine einen solchen Satz veröffentlichen, kann schon man sich für diesen Arbeiterrat. Die Notiz hat mit Rache so wenig zu tun wie der Betriebsrat der Papierfabrik Oberurzel-Sohemara mit der Kommissar für moralischen Aufgeben. Wir haben getan, was dieser Betriebsrat unterlassen hat, die Firma auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht und Arbeiterschuss gefördert im Interesse der Arbeitkollegen einschließlich ihrer vom Betriebsrat.

Industrie der Steine und Erden

Tarifverhandlungen in der Zement-Industrie

werden zur Zeit geführt in Mittelfrankreich, Pommern, Thüringen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Westfalen. Neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen, die jedoch nur in zwei Bezirken, Pommern und Schleswig-Holstein, strikt sind, ist die brennendste Frage die der Arbeitszeit, die von den Unternehmern überall in den Vordergrund gestellt ist.

Trotzdem die Bezirke räumlich sehr weit auseinander liegen, und auch getrennt nach Bezirken verhandelt wird,



Aus der Industrie

Chemische Industrie

Schwere Sprengstoffexplosion auf der Carbonitfabrik in Schiebich.

Am 9. Februar, morgens 7.20 Uhr, slog das Betonit-Menghaus der Carbonitfabrik in die Luft. fünf brave Kollegen wurden in Aktion geschmeißelt, während ein sechster Kollege so schwer verletzt wurde, daß er nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Das Betonit-Menghaus war ein etwa 50 Quadratmeter großer Betonbau. Hier wurden die Mischungen hergestellt, nachdem das Sprengwasser aus dem Mischraum hierher gebracht worden war. In diesem Räume waren acht Arbeiter beschäftigt. Zur Zeit der Explosion befanden sich in dem Menghaus fünf Arbeiter, der sechste schwerverletzte ist in der Nähe des Menghauses gewesen, er ist vermutlich durch ein schweres Betonstück tödlich im Rücken getroffen worden.

Von der fürchterlichen Wirkung der Explosion kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man sieht, daß von dem Menghaus so gut wie nichts übrig geblieben ist. Die schweren Betonstücke sind in einem Umkreis von 100 Meter herumgeschleudert worden. Daran erklärt es sich auch, daß von den fünf Arbeitern nichts mehr gefunden wurde, was zur Feststellung hätte dienen können.

Es handelt sich hier um sogenannten Sicherheitsprengstoff, der gegen Schlag und Stöß explosionsicher sein soll. Nach dem Unglück hört man wieder die üblichen Reden, wie: Alle Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen. Man steht vor einem Rätsel und vergleicht mehr. Hoffentlich trägt das Unglück dazu bei, daß der im Rollen befindliche Stein, das Verbot der Akkordarbeit in Sprengstoffbetrieben, zum Ziele kommt.

Die Namen der Verletzten sind: Andreas Lüftgen, verheiratet, 8 Kinder; Joseph Sage, verheiratet, 3 Kinder; Gerhard Leifschied, verheiratet, 3 Kinder; Jos. Wäker, verheiratet, 3 Kinder; Jos. Leifschied, verheiratet, 1 Kind; Anton Lichmaniel, verheiratet, 6 Kinder.

Zu bedauern ist, daß die Sprengstoffarbeiter von Schiebich für die Organisation sehr wenig Interesse an den Tag legen. Vor etwa 14 Tagen war eine diesseitige Sprengstoffarbeiterversammlung vom Verband der Fabrikarbeiter, Zahlkreis Wessdorf, einberufen worden, in der über Unfallgefahren in der Sprengstoffindustrie und über die abgehaltene Konferenz der Betriebsräte der Sprengstoffindustrie referiert werden sollte. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil sie zu schlecht besucht war. Wenn sich die Arbeiterschaft nicht reger an der Organisation beteiligt, wird der Unfallkatastrophe auch ferner viel zu wünschen übrig lassen.

Kunstwolle — eine neue Erfindung.

Großes Aufsehen erregt eine Erfindung, welche Material auf chemischem Wege herstellt, das als „Kunstwolle“ bezeichnet wird und als Ersatz für Wolle benutzt werden soll. Das Material soll dem Grundstoff für Kunstwolle sehr ähnlich sein, nur hat es nicht den Glanz der Kunstwolle. Auch soll das Verfahren zur Herstellung dieses Stoffes ähnlich wie bei der Kunstwolle sein. Als großer Vorteil des neuen Erfindungsgutes wird bezeichnet, daß das Spinnen und Weben der Garne auf den bestehenden Spinn- und Webmaschinen ohne wesentliche Änderungen ausgeführt werden kann. Dies ist übrigens auch bei der Kunstwolle der Fall, welche in den Naturwolle-Fabriken mit der bestehenden Maschinenindustrie erzeugt werden kann. Die Kunstwolle soll angeblich nicht als alleiniges Material für fertige Produkte geeignet sein. Um so größere Bedeutung wird ihr für die Mischung mit der reinen Wolle beigegeben. Falls die Wolle der Kunstwolle nur auf die Mischung mit reiner Wolle beschränkt bleibt, so erhoffen die Wollunternehmer von ihr eine Befreiung der Wollpreiserzeugung, indem die begehrteste Kunstwolle zur Verbilligung der Stoffpreise und dadurch zur Ausdehnung der Produktion führen könnte. Auch hier besteht eine Ähnlichkeit mit der Kunstwolle. Nach der Behauptung der Unternehmung vermochte man durch Beimischung von Kunstwolle viel größere Mengen Naturwolle zu verkaufen, als dies ohne Kunstwolle möglich gewesen wäre.

haben die Unternehmer gleichzeitige Forderungen aufgestellt, die zeigen, welche tätigen Zusammenarbeiten in der Industrie besteht, was vornehmlich für die Zementarbeiter sein dürfte.

Die aufgestellten Forderungen der Unternehmer lauten:

1. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 bis 60 Stunden für das Jahr 1926.
2. Zustimmung zum Dreischichtensystem für 1926.
3. Die bisher festgesetzten Löhne haben für das Jahr 1926 weiterhin Gültigkeit.

Bei diesen „bescheidenen“ Forderungen ist es nur zu natürlich, daß die bisher gepflogenen Verhandlungen in Westfalen, Mitteldeutschland und Thüringen nicht recht vom Fleck kommen wollten. Die Zement-Industrie hält es eben für eine Selbstverständlichkeit, daß die Vorkriegsarbeitszeit für alle Zeiten wieder festgelegt wird. Wo man sich aber herbeiläßt, noch besondere Gründe anzuführen, fordern diese gerade zum Widerspruch heraus. In Rheinland-Westfalen beispielsweise beklagt es der Unternehmervertreter, mit den Gewerkschaften die Arbeitszeit behandeln zu müssen. Würde er es lediglich mit der Arbeiterschaft zu tun haben, so wäre die Frage der Arbeitszeit schnell geregelt. Die Zementarbeiter arbeiten gern noch länger als gefordert, um ihre Zeit nützlich anzuwenden und ein höheres Einkommen zu haben, womit dann eine bessere Lebensführung erzielt werden kann. Wirtschaftlich sei eine verlängerte Arbeitszeit notwendig, um zu Festpreisen zu kommen, damit der Baumarkt belebt werden kann. Jede Arbeitszeitverkürzung, besonders aber der Achtfundentag, sowie das Dreischichtensystem bedinge eine Lohnerhöhung und verteuere somit den Zement.

In Thüringen verteilte der Unternehmervertreter den Standpunkt, die schlechte Wirtschaftslage sowie die Unrentabilität der Werke bedinge es, daß mindestens 10 bis 12 Stunden gearbeitet werde. Bei täglich achtfundentägiger Arbeitszeit wären die Werke ruiniert, weil heute schon der Börsenwert erschreckend niedrig sei.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Mit Beginn des Jahres 1924 war es die Zement-Industrie, die den Grundlag aufstellte, die Vorkriegs-Lagesleistung des einzelnen Zementarbeiters muß wieder erreicht werden, um wettbewerbsfähig zu sein, die Werke rentabler zu gestalten und anständige Löhne zahlen zu können. Solange aber diese Vorkriegsleistung nicht erfüllt sei, müsse länger gearbeitet werden, um so das gefestete Ziel zu erreichen. Dabei sollte selbstverständlich die technische Entwicklung mit möglichster Beschleunigung in den Dienst der Industrie gestellt werden, um der Arbeiterschaft nichts Unbilliges zuzumuten.

Hätte heute dieser damals aufgestellte Grundlag noch Geltung, müßte es leicht sein, alle strittigen Fragen zu regeln. Aber leider — dieser Grundlag ist wohl im Laufe der Zeit vergessen worden.

Was die Vorkriegs-Lagesleistung betrifft, so sind 1913 nach „Wirtschaft und Statistik“ 25 987 Arbeiter beschäftigt gewesen, die insgesamt 7 194 351 Tonnen Zement produzierten; das ergibt pro Jahr und Mann 234,80 Tonnen oder pro Tag und Mann — das Jahr gerechnet zu 300 Arbeitstagen — 0,783 Tonnen Zement.

Nach einer vom Verband der Fabrikarbeiter im Juli 1925 angenommenen Statistik sind 20 500 Zementarbeiter beschäftigt gewesen. Berücksichtigt man, daß inzwischen mehrere Werke stillgelegt und im Laufe des Jahres Entlassungen bis zu 50 Prozent vorgenommen worden, so dürfte die von uns angenommene Zahl von 20 000 Beschäftigten für das Jahr 1925 weit über der Wirklichkeit liegen.

Diese 20 000 Beschäftigten haben 1925 rund 85 Prozent der Vorkriegsproduktion hergestellt, gleich 6 115 197 Tonnen Zement. Umgerechnet ergibt das pro Mann und Jahr 305,75 Tonnen und eine Tagesleistung pro Mann von 1,019 Tonnen Zement. Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild über die

Produktion in der Zement-Industrie

Jahr	Beschäftigte	Produktion im Jahr	Produktion pro Jahr pro Mann	Produktion pro Tag pro Mann
1913	25 987	7 194 351 t	234,80 t	0,783 t
1925	20 000	6 115 197 t	305,75 t	1,019 t

Die Steigerung der Leistung des einzelnen Mannes beträgt also mehr als 30 Prozent. Unseres Erachtens kommt eine noch höhere Leistung heraus, da im Jahre 1925 viel weniger Tage gearbeitet werden konnten als 1913.

Würde also die Zement-Industrie ihre grundsätzliche Stellung noch heute gelten lassen, dann müßte unverzüglich der Achtfundentag und das Dreischichtensystem durchgeführt werden.

Nach auf den erhobenen Einwand der Rentabilität verweist es sich einzugehen. Bereits im Vorjahre brachte der „Postbote“ in Nr. 26 eine Aufstellung über die Höhe der 1925 ausgezahlten Dividenden, die sich recht wohl sehen lassen konnten gegenüber den Dividenden der Vorkriegszeit. Für das Jahr 1926 dürfte der Dividendenfegen noch reicher ausfallen, wenn nachstehende Berichte als Spiegelbild gelten können:

Wikingen-Portland-Zementwerke, Münster.
Das Geschäftsjahr 1925 hat eine erhebliche Besserung des Geschäfts auf allen Gebieten der Zementherstellung gebracht. Wie der D. S. D. weiter berichtet, dürfte dementsprechend mit einer nicht unerheblichen Erhöhung der Dividende zu rechnen sein.

Portland-Zementfabrik „Germania“, A.-G., Hannover.

Mit dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres sei man zufrieden und hoffe, den Aktionären demnächst ein zufriedenstellendes Resultat vorlegen zu können. Ungebillig steht eine besonders hohe Dividende in Aussicht.

Portland-Zementfabrik, Hemmoor.

Das verfloßene Geschäftsjahr kann nicht als ungünstig angesehen werden.

Vereinigter Harzer Portland-Zement, A.-G., Elbingerode.

Im Einklang der allgemeinen Belebung des Zementabfahrs im Jahre 1925 konnte bei der Gesellschaft ein besseres Ergebnis als im Vorjahre erzielt werden. Wie wir aus Verwaltungskreisen hören, dürfte mit einer Erhöhung der vorjährigen Dividende gerechnet werden.

Alsenische Portland-Zementfabriken, Hamburg.

Die Gesellschaft kündigt den Erwerbsvertrag des Restes der 43-prozentigen Teilhaberverhältnisse vom 1901 zum 15. April 1926. Die Gesellschaft erklärt, von dem Rechte des § 43 Abs. 3 Gebrauch zu machen und die Genussrechte durch Zahlung des Nennbetrages ablösen zu wollen.

Alle Meldungen zeugen von größerem Gewinnfegen, der auch gestattet, noch alte Schulden abzutragen. Die Rentabilität hat sich also als sehr gut herausgestellt.

Alle Faktoren bedingen, daß die Zement-Industrie, will sie ihren Grundtagen von 1923 und 1924 treu bleiben, der achtfundentägigen täglichen Arbeitszeit sowie dem Dreischichtensystem keine Schwierigkeiten bereiten darf.

Dennoch wird sich die Zementindustrie sträuben, den Achtfundentag durchzuführen, da lohnpolitische Erwägungen bei ihr ausschlaggebend sind. Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger kann der Lohn sein, das ist die Einstellung der Unternehmer von jeher gewesen; daran hat sich bis heute nichts geändert.

Grundfalsch wäre es aber, zu glauben, die gegenwärtigen Zementpreise könnten eine Lohnerhöhung nicht vertragen. Der bisherige Zementpreis von im Mittel 400 Mk. pro 10 Tonnen ab Werk basierte doch auf ganz anderen Voraussetzungen, als sie heute tatsächlich noch bestehen:

- Die Frachtrate ist mehrfach gesenkt.
- Die Umsatzsteuer ist ermäßigt.
- Fette und Öle sind im Preise gefallen.
- Der Kohlenverbrauch ist infolge Wärmeersparnis-Einrichtungen geringer geworden.
- Der Bankdiskont hat sich ermäßigt.

Dennoch hat eine Senkung der Preise nicht Platz gegriffen, so daß hier ein Sondergewinn entstanden ist, der wahrscheinlich geschickt in kommenden Bilanzien verschwinden wird, aber sehr gut zur Erhöhung der stark gedrückten Löhne hätte Verwendung finden können.

Des weiteren wäre in Rechnung zu stellen, daß die Zementindustrie eine außergewöhnliche Belebung im Absatz erwartet, so daß die Werke bis zur vollen Leistungsmöglichkeit ausgenutzt werden könnten. Der bisher so beklagte und das Produkt verteuerende Leerlauf verschwindet und setzt die Produktionskosten um ein erhebliches herunter. Auch aus diesen Gründen könnten namhafte Lohnerhöhungen Platz greifen, ohne daß das Produkt verteuert zu werden braucht.

Allen Erwägungen jedoch, mögen sie noch so gründlich, überzeugend und überzeugend sein, wird die Zementindustrie nicht beitreten, da sie glaubt, ihre Machtvolle so beruhen zu können, daß Befürchtungen irgendwelcher Art kaum auftreten werden. Solange es noch unorganisierte Arbeiter in der Zementindustrie gibt, kann vielleicht die Rechnung der Industrie stimmen. Die Zeit aber wird und muß kommen, wo jeder Zementarbeiter es für unwürdig hält, unorganisiert zu sein. Hülfe jeder Zementarbeiter mit, daß diese Zeit nicht mehr fern ist, und auch die Unternehmer werden sich dann Vernunftgründen nicht entziehen können.

Die weiteren Verhandlungen werden zeigen, ob und wie weit die Unternehmerhaftung von ihrem Machtpunkt abweichen will. Jedenfalls ist die Stellungnahme der Zementarbeiter die, nicht unter allen Umständen einen Tarif abzuschließen. Bei aller Friedensliebe der Zementarbeiter kann man billigerweise nicht verlangen, daß sie bei ungemein niedrigen Löhnen und schwerer Arbeit bei 100 Stunden wöchentlich schuften sollen. Bei solcher Arbeitszeit ist man kein Mensch mehr. Läge ein zwingender Notstand vor, so würde kein Zementarbeiter sich weigern, in solchen Zeiten alle Kräfte anzustrengen, um den Notstand zu beseitigen. Jedoch nur länger zu arbeiten, um dafür entlassen zu werden und nicht nur vorübergehend, sondern für alle Zeiten, das dürfte man auch dem friedfertigsten Menschen nicht zumuten.

Wie schroff die Dinge liegen, dafür einige Zahlen: Im rheinisch-westfälischen Zementgebiet wurden beschäftigt:

- 1922 im Monatsdurchschnitt 5795 Arbeiter
- 1925 im Monatsdurchschnitt 3221 Arbeiter

Dabei übersteigt die Produktion von 1925 die des Jahres 1922 ganz erheblich. Die Leistungsfelderung beträgt im Jahre 1925 mehr als 45 Prozent.

So wie in Rheinland-Westfalen, ist es in ganz Deutschland, wo die Zahl der Arbeiter um mehr als 20 Prozent gesunken ist und trotzdem eine Leistung vollbracht wurde, die die Vorkriegsleistung übersteigt.

Unter solchen Umständen müssen die Zement-Industriellen Einkehr halten oder sie schaffen Zustände, die eines Tages sich bitter rächen könnten.

Für die Zementarbeiter aber heißt es jetzt — angewacht. Es nützt nichts, die Faust in der Tasche zu halten und zu schimpfen, es gilt zu handeln. Machen wir es wie die Zement-Industriellen. Schaffen wir ein Syndikat der Zementarbeiter. Ist jeder Zementarbeiter organisiert, und nicht nur dem Namen nach, gibt es keine Außenseiter bei der Arbeiterschaft mehr, dann werden auch die Unternehmer mehr einsehen müssen, daß der Zementarbeiter ebenfalls ein Mensch ist.

M. E.

Sie gehen aufs Ganze!

Nur in ganz verzweifelten Fällen und nur in den Betrieben, wo sich unsere Ziegler eine gute Organisation geschaffen hatten, war es in der Vorkriegszeit möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen irgendwie zu regeln. War oft mußten unsere Kollegen wochen- ja monatelang streiken um 1 oder 2 Pfennig Lohn-erhöhung. Die Unternehmer waren organisatorisch überlegen, immer streng darauf bedacht, ja Herr im Sinne zu bleiben. Die Forderungen der Arbeiter hatten sich nach Ansicht der Unternehmer in diesem Rahmen zu bewegen: Schaffen sich viel und hart von Sommeranfang bis spät in die Nacht. Schaffen reich und primitiv, nicht selten in Arbeitskleidern, die sich besser als Strümpfe für alles mögliche Ungeheuer eigneten, denn als Schutzhüllen. Essen konnte sich der Ziegler mit dem schwarzen Brod erst recht nicht leisten, wie es bei seiner harten Arbeit notwendig gewesen wäre. In den Betrieben, wo die Arbeiter volle Verpflegung erhielten, war der Unternehmer, der ja die Käse selbst verwaltete, streng auf seinen Profit bedacht und ließ die Beschäftigten in sehr vielen Fällen auch danach als Söldner bei den Arbeitstagen die Pflege der Kasse im Herzen. Im letzten Jahre war die Arbeiter, die recht viel ihres Verdienstes am Festtag in der Unternehmerrkassette in Schnaps und Bier angelegt hatten.

Daß sich auch in den Nachkriegsjahren nicht viel gebessert hat, zeigt, trotz der manchmal in Erscheinung getretenen sozialen Annäherungen, das ganze Verhalten der Arbeitgeber während der letzten Jahre unserer Landsgemeinschaft. Mögen auch einzelne Herren im Arbeitgeberlager von wirtschaftlicher Weisheit getragen sein, so der Vorherrschende des Verbandes Hessischer Zieglermeister, Herr Müller, dessen totale Einstellung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, trotz seiner bestimmten Vertretung von Unternehmerinteressen, auch hier anerkannt werden soll, so haben wir doch, wie sich immer wieder der reaktionäre Einfluß der Hessischen Bauwirtschaft und Westfälischer Richtung unter Führung von Herrn Pfeiffer durchdringt. Unter dem starken Einfluß dieser Herrschaften, denen jede sonstige Bindung ein Dorn im Auge ist, ist ein geistliches Zusammenarbeiten in wirtschaftlichen und sozialen Fragen kaum möglich. Daher auch das formwährende „Nin in den Lohnvertrag“, „Raus aus dem Vertrag“, je nachdem es nach den Konjunkturschwankungen den Herrschaften gutdünkt. So hat man auch jetzt wieder den am 1. Juni vorigen Jahres im Kraft getretenen Mandatkontrakt zum 31. März d. J. gekündigt. Soweit uns die Ansicht der Arbeitgeber aus ihrem bisherigen Verhalten bekannt ist, will man den Lohn ganz abbauen und in der Regelung der Arbeitszeit freie Hand bekommen. „Meine Herren“, äußerte sich bei einer Verhandlung ein Unternehmervertreter, „vergleichen Sie doch unsere Ziegler nicht mit einem kultivierten Industriearbeiter. Die Leute wollen ja von all dem nichts wissen, die wollen nur schafften.“ Also, Zieglerkollegen, genau noch dieselbe Ein- und Verschätzung Eurer Arbeit wie früher. Als Ausdrucksweise steht Ihr gut genug. Sobald Ihr aber beansprucht, auch als Kulturmenschen gewertet zu werden, die nicht nur geboten sind zum Schaffen, Schlafen und Essen, sondern teilhaben wollen an den Kulturgütern, erklärt man Euch wieder den Nechts.

Unsere Ziegler werden dieses Jahr erneut die Gelassenheit haben, den Unternehmern des Landstriches Hessen, Hessen-Nassau zu bewilligen, daß es ihnen erst mit der tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und daß nicht gewillt sind, eine Schwächung ihrer sozialen Ansprüche zu lassen. Falls gelangt ist nichts getan. Nach Moslem Sprichwort: „Wenn die Arbeitgeber, und außer der Kündigung des Mandatkontraktes hat man uns sämtliche Lohnverträge gekündigt. In in einzelnen Betrieben, so in Mainz, ist man unter Aufsicht der Regierung der Tarifordnung, die, solange der Rohmaterial besitz, ein Schlichtungsverfahren vorzieht dazu übergegangen, den Lohn in allen Lohnklassen um 10 Pf. abzubauen, was einen durchschnittlichen Lohnabbau von 15 bis 20 Prozent ausmacht. Diefelben Arbeitgeber, die sich in den letzten Jahren so oft über das Verfall der Diktat und die Trübsamkeit durch die Beschäftigten beklagt haben, handeln an ihren eigenen Landeskassen kein Jota besser. Es geht eben um den Profit, und um diesen zu sichern, ist jedes Mittel recht. Der Arbeitgeberverband glaubt wirtschaftliche, soziale, Arbeitslosigkeit und Massenelend auszuheilen und unteren Kollegen die annehmlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen zumuten zu können. Zieglerkollegen! Dank Eurer guten Organisation habt Ihr Euch in den letzten Jahren manches erungen. Dies wird auch in der Zukunft so sein, wenn Ihr einig und geschlossen im Fabrikarbeiter-Verband zusammensteht, der einzigen Arbeiterorganisation für die Zieglerarbeiter, die umstände ist, Eure Interessen wahrzunehmen! Rühl.

Ausländische Zieglerarbeiter.

Trotz der großen Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit versuchen die Arbeitgeber, anscheinend mit Hilfe der Behörden, ausländische Arbeiter wieder hereinzulassen. So hat die Firma Greiner in Mötzingen (bei Nordlingen) mit Genehmigung des Arbeitsamts bereits sechs Italienerfamilien eingestellt. — Unterdessen können unsere eigenen deutschen Arbeiter kämpfen geben. Die Italiener sind genugsam und insofern geeignet, den Lohn zu drücken. Der vaterländische Sinn dieser Unternehmer reicht genau bis zum Selbstzweck. Daß aber unsere amtlischen Stellen noch mithelfen, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren, ist ein Skandal.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Zucker-Industriellen gehen aufs Ganze. Nachdem die Nebenzuckerfabriken in den Haupttrübengebieten mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse den Lohnabbau in rigoroser Weise durchgeführt haben, gehen nunmehr auch die Zuckerraffinerien dazu über, den Lohn zu drücken; wissen sie doch, daß es in der Zeit der größten wirtschaftlichen Krise der Arbeiterschaft schwer fällt, sich energisch dagegen zu wehren. Dabei geben einzelne Betriebe genau so vor, wie es auch in den Rohzuckerfabriken beliebt wurde. Zunächst wurde bereits Ende des vorigen Jahres in der Zuckerraffinerie Mühlacker-Stuttgart eine Lohnreduzierung durchgeführt. Ihr folgten die Raffinerien zu Magdeburg und Frankenthal. Alsdann kündigten die Raffinerien zu Hildesheim, Hoffsch, Warby und die Rheinischen Weiszuckerfabriken die Verträge. Das Ziel ist in den meisten Fällen ein Lohnabbau von 20 Prozent. Man sieht, die Herren sind durchaus nicht bescheiden.

Bei den Verhandlungen wird immer auf die schlechte Lage der Zuckerindustrie verwiesen, und es wird geltend gemacht, die Industrie könne die hohen Löhne bei den heutigen Preisen nicht zahlen. Demgegenüber muß immer wieder betont werden, daß die Zuckerindustrie auch glänzende Zeiten hinter sich hat. Sie hat in den Zeiten, wo sie gute Geschäfte machte, nicht daran gedacht, den Arbeitern mehr zu zahlen, als sie absolut mußte. Die Aktionäre aber erhielten gute Dividenden, und der Landwirt erhielt unverschämt hohe Preise für seine Rüben. In Zeiten der Not erinnert man sich nunmehr auch der Arbeiterschaft und will auf ihre Kosten die Industrie lebensfähig erhalten.

In Hoffsch und Halle wurde gleichzeitig der gesamten Arbeiterchaft gekündigt. Die Kündigung wurde in Hoffsch damit begründet, daß man nicht wisse, ob der Betrieb nach dem 15. Februar noch aufrechterhalten werde, da man nicht mehr wie früher über den Rohzucker selbst verfüge. In Halle a. d. Saale machte sich die Direktion die Sache noch leichter. Während die übrigen Raffinerien unserer Organisation die Tarife wenigstens kündigten, kündigte die Direktion in Halle einfach der gesamten Arbeiterschaft durch Anschlag mit dem Bemerkten, daß man bereit sei, mit Vertretern der Arbeiterschaft über Mittel und Wege zu beraten, die die Aufrechterhaltung des Betriebes ermöglichen. Am anderen Tage teilte man dem Betriebsrat mit, daß der Lohn um 20 Prozent abgebaut werden müsse, nur so könne der Betrieb aufrecht erhalten werden. Lebhö die Arbeiterschaft dieses ab, bleibe es bei der Kündigung.

Es ist kein Zufall, daß die Arbeitgeber gerade in Halle am schärfsten vorgehen; ist doch in diesem Herrenkessel das merklichste an Gewerkschaftszerschlagung geleistet worden. Auch die Arbeiterschaft der Zuckerraffinerie ist den Greifhänden vom Industrieverband und sonstigen Schreibern nachgelassen. Sie erntet heute die Früchte, die jene gewissenlosen Elemente durch ihr Treiben gesät haben. Das For-

den der Zuckerraffinerien ist nur verständlich, wenn man die Zusammenhänge zwischen rübenbauenden Landwirten, Rohzuckerfabriken und Zuckerraffinerien kennt.

Seit einigen Jahren sind maßgebende Personen am Werke, in der Zuckerindustrie Rohzuckerfabriken und Raffinerien zu vereinigen. Die Konzernbildungen sind hier weit vorgeschritten, so daß heute die Mehrzahl der Rohzuckerfabriken und der Raffinerien einem gemischten Konzern angehören.

Unsere in Zuckerraffinerien beschäftigten Kollegen werden aus vorstehenden Ausführungen erleben, daß der Kampf um eine menschenwürdige Existenz für sie in Zukunft noch schwieriger wird als bisher.

Standen wir früher bei Lohnkämpfen einer einzelnen Raffinerie gegenüber, so haben wir es heute mit einem vereinigten Gegner zu tun. Also mit einem Konzern, zu dem immer mehrere rübenbauende Rohzuckerfabriken und eine Anzahl Raffinerien gehören.

Für die Arbeiterschaft sowohl in den Rohzuckerfabriken als auch in den Zuckerraffinerien gilt es daraus die richtige Lehre zu ziehen. Kollegen, wir stehen einem einzigen Gegner gegenüber. Wollen wir auch künftig annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, so wird das nur möglich sein, wenn wir diesem geschlossenen Gegner eine ebenso geschlossene Organisation gegenüberstellen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Verschmelzungsfrage und Rechtsfrage.

Die Mitgliedschaft des früheren Steinseherverbandes hatte seinerzeit mit Mehrheit für die Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband gestimmt. Der Beschluß ist am 1. Januar 1924 vollzogen worden. Unter Führung des Bezirksleiters vom Steinseherverband im Gebiet Frankfurt a. M. trat jedoch ein Teil der Mitgliedschaft zum Bergarbeiterverband über.

Daß der Bezirksleiter des Steinseherverbandes sich dem Majoritätsbeschluß der Mitgliedschaft nicht fügte, ist bekannt. Er hat ein böses Beispiel gewerkschaftlicher Disziplinlosigkeit gegeben. Aber nicht minder bedauerlich ist es, daß eine große Organisation solcher Disziplinlosigkeit Vorzeichen liefert.

leugnen, wir wollen und müssen so handeln, daß wir nicht in die Versuchung kommen, uns gegenseitig aus dem Wege zu gehen.

ADGB und Wirtschaftslage.

Auf seiner Tagung am 8. Februar beschäftigte sich der Bundesausschuß des ADGB mit der allgemeinen Wirtschaftslage. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen, in deren Vordergrund die Milderung der Arbeitslosigkeit, d. h. die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht.

Wenn einige Redaktoren politischer Tageszeitungen glauben, stets der erste Wächter über den ADGB sein zu müssen, so wirkt das allmählich öde. Der ADGB hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, alles zu versuchen, um die Lage der Arbeiterschaft erfolgreich gestalten zu können.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bruckmühl. Der Bezirksleiter des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes, Herr Gaiger, kommt öfters nach Bruckmühl in der Hoffnung, hier Geschäfte für seinen Verband machen zu können.

Am agitatorische Erfolge zu erzielen, scheint uns Herr Gainger den Mund etwas zu voll zu nehmen. So erzählt er seinen Zuhörern, daß der Verband anlässlich seines 25jährigen Bestehens eine Jubiläumsspendung geschaffen habe, wonach jeder Arbeiter, der 65 Jahre alt ist und Invalide wird, eine monatliche Rente von 40 Mark bis zu seinem Tode erhält.

Nach dem Wortlaut des Beschlusses kommen Altersrentner, wie Gainger sagt, überhaupt nicht in Frage, sondern nur invalide Mitglieder, und nicht Arbeiter, wie Gainger sagt. Der Kreis der Bezüher kann und wird nur ein ganz beschränkter sein können.

Corbach. In der Gummiabrik Peters Union wird unter den dortigen Arbeitern für den Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine Agitation getrieben, der schon einige 20 Seelen zum Opfer gefallen sein sollen.

Ich bitte um Aufnahme in den obengenannten Verband und erkläre von den Eintrittsbedingungen Kenntnis genommen zu haben. Ferner erkläre ich, keiner Arbeiterorganisation und keiner Partei anzugehören, die mit Arbeiterorganisationen bzw. Parteien fremder Völker international verbündet ist.

Also die vaterländischen wollen die Arbeiter aus den Verbänden herausheben, damit die Arbeitgeber sich ins Fäustchen lachen können. Von der 700 Mann starken Belegschaft sind ganze zwanzig von den vaterländischen Reben, die in der letzten Zeit von den nationalsozialistischen Abgeordneten gehalten wurden, befallen worden.

Als die Arbeiter in den obengenannten Verband und erkläre von den Eintrittsbedingungen Kenntnis genommen zu haben. Ferner erkläre ich, keiner Arbeiterorganisation und keiner Partei anzugehören, die mit Arbeiterorganisationen bzw. Parteien fremder Völker international verbündet ist.

Hamburg. (Jahresbericht.) Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

Soziale Lage. Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

Soziale Lage. Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

Soziale Lage. Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

Soziale Lage. Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

Soziale Lage. Das Jahr 1923 begann für unsere Kollegen verheißungsvoller als es abgelaufen ist. Die Auswirkungen der Inflation sind und die Generaloffensive der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne auf möglichst niedriger Stufe zu halten, war bereits im Jahre 1924 durch eine vom guten Geist getragene Gegenoffensive zum Stehen gebracht und konnte im Jahre 1925 zurückgeworfen werden.

angewiesen. Dazu kommen alle die, die gezwungen sind, verkurzt zu arbeiten; deren Einkommen nicht ausreicht, um des Lebens Notdurft zu bestreiten. Zu eng ist die Gewerkschaftsbewegung mit der Wirtschaft verbunden, um diesen Schlag nicht am eigenen Körper zu verspüren.

Einen schönen Akt der Solidarität beklunden unsere in Arbeit stehenden Mitglieder, indem sie durch freiwillige Sammlungen in den Betrieben die Summe von 3658,01 Mk. aufbrachten, die zu Weihnachten an unsere erwerbslosen Mitglieder zur Verteilung gelangte.

Die unermüdliche Verarbeit, unterstützt von allen Funktionären innerhalb und außerhalb der Betriebe, die im vergangenen Jahre vorgenommen wurde, hat das Ergebnis gezeigt, daß die Mitgliederzahl, die wir am Schluß des IV. Quartals im Jahre 1913 zu verzeichnen hatten, wieder erreicht ist.

Die starke Fluktuation tritt auch in dem Verbandsalter der Mitglieder in Erscheinung. Die Zahl der in der Nachkriegszeit eingetretenen Mitglieder ist am stärksten. Sie beträgt bei den männlichen 44,83 Prozent, bei den weiblichen Mitgliedern 37,43 Prozent.

Die Zahlen beweisen, daß die nach dem Jahre 1918 unserem Verbands angehörten Mitglieder nicht überall gewonnen werden konnten, weil infolge Zeitmangel unsererseits nicht die entsprechende Aufklärungsarbeit geleistet werden konnte.

Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle ergeben sich aus folgenden Zahlen. Der Gesamtumsatz an Beitragsmarkten beträgt 393 578 Stück. Das ist ein Mehrumsatz im Verhältnis zum Jahre 1924 von 89 332 Stück.

In dem Wirtschaftsgebiet der Zahlstelle wurden im Berichtsjahre in allen Gruppen und in einzelnen Firmen 80 Lohnbewegungen durchgeführt. An diesen Bewegungen waren insgesamt beteiligt 21 765 Personen.

Eine Erhöhung des wöchentlichen Verdienstes für 12 589 männliche (durchschnittlich gerechnet) von 1,32 bis 4,80 Mk. und für 9178 weibliche Mitglieder von 1,11 bis 3,42 Mk. war das Resultat der Bewegungen.

Bei 4 Firmen mit 244 Beschäftigten, darunter 62 weibliche, konnte eine Erhöhung der Akkorde von 5 bis 28 Prozent erreicht werden. Zuschläge zum tariflichen Stundenlohn von 3 bis 6 Prozent erwirkten 239 Kollegen bei 5 Firmen.

Die Bemühungen, den Achtstundentag, soweit er durch die Verordnung über die Arbeitszeitbestimmungen vom Dezember 1923 verordnet worden war, wieder zu gewinnen, waren vom Erfolg gekrönt. Das Resultat war eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 6 Stunden für 3342 männliche und 1328 weibliche, insgesamt für 4700 Personen.

Gemacht wird im Wirtschaftsgebiet der Zahlstelle in allen Industriegruppen mit Ausnahme der Gemischen, die 9. Arbeitsstunde wieder mit einem Aufschlag bezahlt.

Das organisatorische Leben fand seinen Niederschlag in der Abhaltung von Distrikts-, Branchen- und Betriebsversammlungen. Der Besuch der Versammlungen ließ oft zu wünschen übrig. Den Besuch dieser Versammlungen zu fördern, muß die Aufgabe der Brancheneinheiten im neuen Jahre sein.

Schwer lastet auf uns die Gegenwart; ungemiß liegt vor uns die Zukunft. Die Wege zu einer besseren Zukunft sind aber nicht verschlossen. Es gilt, im neuen Jahre mit vereinten Kräften den Ausbau der Organisationseinrichtungen zu fördern, mehr Macht und mehr Einfluß durch die Organisation in der Wirtschaft zu gewinnen.

In diesem Sinne im neuen Jahre an die Arbeit!

Literarisches.

Zum Todestage Friedrich Oberis, der am 28. Februar 1924 stirbt, ist im Verlage der Reichsdarsteller das Bildnis des ersten Reichspräsidenten erschienen. Das 27x34 cm große Bild zeigt den Kopf des Verstorbenen in Original-Kupferstich.

Die Welt der Wirtschaft des Standorts des Arbeiters von Dr. Otto Guhr. Verlag Gewerkschafts-Archiv Jena. Preis geb. 7 Mk. brosch. 5,50 Mk. Gewerkschaftsarchivbezieher erhalten 33 1/2 Prozent Rabatt.

Sozialistische Lebensreform bestellt sich eine kleine Schrift, die der Deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund (Berlin SO 18, Engelsteiner 29; Preis 20 Pf.) kürzlich herausgegeben hat. Sie stammt von Otto Jenßen, Lehrer an der Volkshochschule in Traz.

Sozialistische Lebensreform bestellt sich eine kleine Schrift, die der Deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund (Berlin SO 18, Engelsteiner 29; Preis 20 Pf.) kürzlich herausgegeben hat. Sie stammt von Otto Jenßen, Lehrer an der Volkshochschule in Traz.

Sozialistische Lebensreform bestellt sich eine kleine Schrift, die der Deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund (Berlin SO 18, Engelsteiner 29; Preis 20 Pf.) kürzlich herausgegeben hat. Sie stammt von Otto Jenßen, Lehrer an der Volkshochschule in Traz.